

Freie Wähler

FW Kreistagsfraktion im



Aurich, den 04.12.2019

Landkreis Aurich

Landrat Herrn Olaf Meinen

Fischteichweg 7-13

26603 Aurich

Zur Kenntnisnahme:

Allen Fraktionen und
Einzelmitgliedern im
Kreistag Aurich

Sehr geehrter Herr Landrat,

Hiermit beantragen wir, dass der Landkreis Aurich den Klima-Notstand ausruft und bitten die folgende Resolution zur nächsten Kreistagsitzung am 19.12.2019 auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Landkreis Aurich ruft den Klima-Notstand aus

Den Klimawandel gibt es - wie wir wissen - seit Millionen Jahren auf unserer Erde.

Die verstärkten Auswirkungen seit dem Industriezeitalter und der Mobilisierung sind zu erkennen und können nicht mehr geleugnet werden; wissenschaftliche Erkenntnisse zu diesem Thema sind anzuerkennen. Ebenfalls wird anerkannt, dass der Klimawandel und seine negativen Folgen auch für die Zukunft des Landkreises Aurich als Anrainer an der Nordsee von hoher Bedeutung sind.

Der Mensch hat einen globalen Klimawandel mit bald irreversiblen Folgen verursacht, wenn nicht ab sofort mit kurz-, mittel-, und langfristigen Maßnahmen des Pariser Klimaschutzabkommens gehandelt wird.

Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der Klima-Notstand sei „bittere Realität“ wie der neue 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 feststellt. Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel lt. einer internationalen Studie 2018 (PEW Studie 2018) als größte Bedrohung für die Sicherheit und den globalen Wohlstand an.

Die Forderung richtet sich daher zum einen an die internationale Staatengemeinschaft aber vor allem an die deutsche Bundesregierung, die nach wie vor ihre Klimaziele verfehlt. Doch auch auf kommunaler Ebene muss und kann mit konkreten Maßnahmen eingegriffen werden.

Der Bund und das Land werden gebeten, auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik unter

Einforderung der Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft den rechtlichen Rahmen für Maßnahmen zum Klimawandel herzustellen und die Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit eine größtmögliche Wirksamkeit auch auf kommunaler und Verbandsebene wie z.B. Entwässerungsverbände erheblich verbessert werden kann.

Auch der Landkreis Aurich ist in besonderer Form von dem Klimawandel betroffen. Zum einen geht es um die Deichsicherheit, zum anderen um den Erhalt der biologischen Vielfalt in dieser landwirtschaftlich und industriell geprägten Region. Wir müssen deshalb bei allen relevanten Entscheidungen, die Auswirkungen auf das Klima haben/oder können, noch stärker als bisher berücksichtigen. In diesem Zusammenhang fordern wir alle auf, vor allem mit der Landwirtschaft im Dialog zu treten und Verabredungen zu treffen.

Darum schlagen wir vor, im Dialog mit den klimapolitischen Initiativen/Gruppen/Vereinen, Umweltschutzorganisationen der gesamten ostfriesischen Halbinsel, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie der Landwirtschaft und weiteren Interessierten klimafreundliche Entscheidungen auf den Weg zu bringen.

Es geht darum, die formulierten Ziele mit Leben zu füllen und in konkrete Maßnahmen bei allen weiteren Planungen einzusetzen.

Konkret bedeutet das, dass der Landkreis Aurich....

1. ... ein Klimaschutzkonzept mit den verschiedenen Handlungsfeldern mit kurz- und mittelfristigen Maßnahmen erstellt mit dem Ziel bis zum Jahr 2025 klimaneutral zu sein. Dies soll u.a. auch als Vorbild für Privatpersonen und Unternehmen dienen.
2. ... eine Bestandsaufnahme über die bisherigen klimatisch getroffenen Maßnahmen erarbeitet und einem noch zu bildenden Umweltausschuss vorlegt. Der Ausschuss soll in Sachen Klimaschutz beraten, begleiten und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Er soll die klimapolitischen Aktivitäten des Landkreises in den Städten und Kommunen bündeln.
3. ... bei zukünftigen Entscheidungen die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt/bewertet und in der entsprechenden Form in den Beschlussvorlagen dokumentiert.
4. ... in der Abwägung zukünftig diejenigen Lösungen bevorzugt, die vor allem den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen.
5. ... im Rahmen seiner Zuständigkeit zukünftige Entscheidungen beispielsweise zum Schutz und Wiederherstellung lückenhafter Wallhecken unter Klimaaspekten bewertet
6. ... eine Einspar- und Sanierungsstrategie für die kommunalen Gebäude mit dem Ziel, CO₂ einzusparen. Hierzu ist bei Neubauten und bei Sanierungen insbesondere auf die Nutzung von Solarenergie und Solarthermie, sowie weiterer regenerativer Energieformen zu achten.
7. ... einen flächendeckenden ÖPNV entwickelt.

Zur Verringerung des Individualverkehrs wird unter Vermeidung unzumutbarer Härten für die Menschen im Landkreis die Ausweitung und abgestimmte Taktung des Regionalverkehrs zusammen mit den Kommunen im Landkreis und den benachbarten Landkreisen, den Verkehrsunternehmen im ÖPNV und anderer Anbieter zügig vorangetrieben. Dies wird im Nahverkehrsplan seinen Niederschlag finden müssen. Hierzu ist auch ein Dialog mit den kreiseigenen Schulen (insbes. den BBS`n) und Arbeitgeber*innen mit vielen einpendelnden Beschäftigten zu führen.

8. ... den Dienstwagenpark schrittweise durch Energie- und Ressourcen schonende Fahrzeuge ersetzt.
9. ... die Unterstützung zum Aufbau von Ladesäulen für PKW, LKW und Fahrräder im gesamten Kreisgebiet fortsetzt, um die E-Mobilität attraktiver zu machen.
10. ... den Aufbau eines modernen und sanierten Radwegenetzes und den den Rad(schnell)wegebau vor anderen Baumaßnahmen priorisiert, um die Attraktivität des Fahrrads als klimafreundliches Verkehrsmittel zu steigern und somit den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommens zu erhöhen. Dies schließt auch die Schaffung sicherer Abstellplätze für Fahrräder im Kreisgebiet an Bahn und Bushaltestellen ein.
11. die ökologisch- orientierte Pflege von Gewässer- und Strassenrandstreifen vorantreibt und sog. Pflegemaßnahmen mit großen Gerätschaften einschränkt.
12. ... im Bereich der Abfallentsorgung Vorkehrungen trifft, um den Methanausstoß bei der Kompostierung in der Rotte und der Biogasanlage zu reduzieren.
13. ... darauf hinwirkt, Plastikmüll bei öffentlichen Veranstaltungen, in Schulen und Kitas ist zu vermeiden. Hierzu macht der Landkreis schnellstmöglich verbindliche Verfahrensvorschläge, um auch die Gemeinden in den Dialog miteinzubeziehen.
14. ... darauf hinwirkt, dass frische und regionale Lebensmittel in den Schulmensen und Krankenhäusern noch stärker als bisher angeboten werden.
15. ...dafür sorgt, dass die kreiseigenen Schulhöfe und Schulen stärker als bisher begrünt werden. Der Landrat wird deshalb gebeten, nicht nur auf die kreiseigenen Schulen einzuwirken, sondern auch über den Dialog mit den Bürgermeistern die Schüler/innen der gemeindlichen Schulen miteinzubeziehen
- 16 ... die Umweltbildung und den Dialog mit der Bevölkerung intensiviert
- 17 ... die Maßnahmen in die mittelfristige Finanzplanung einpreist.
18. ... dem Kreistag jährlich über die im dann im abgelaufenen getroffenen Maßnahmen unterrichtet.

Begründung des Klimanotstandes :

Nachdem die EU den Klimanotstand ausgerufen hat und vor dem Hintergrund des aktuellen Klimagipfels in Madrid, sehen wir es als geboten an, uns diesem Signal anzuschließen.

Uns ist bewußt, dass es sich nicht um den juristischen Begriff des Notstandes sondern um das Signal, dass gehandelt werden muss. Der drastische Ausdruck wurde gewählt um zu demonstrieren, dass es sich bei der Welt-Klimakatastrophe tatsächlich um einen akuten Notfall handelt.

Das Ausrufen des Klima-Notstandes im Landkreis bedeutet, dass wir uns dem weltweiten Bemühen, den Klimawandel einzudämmen verpflichtet fühlen und bereit sind, unseren Teil dazu beizutragen

und das Thema in die Kommunalpolitik als selbstverständlichen Bestandteil zu integrieren und ernst zu nehmen.

Der Landkreis Aurich hat in einigen Bereichen des Natur- und Wasserschutzes bereits verschiedene Initiativen ergriffen und Anstrengungen unternommen, die ökologische Situation zu verbessern. Das erkennen wir ausdrücklich an. Mit dem Ausrufen des

Klimanotstandes wollen wir zum einen erreichen, dass der Zeitaspekt stärker in den Fokus gerückt werden muss und alle Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt der Klimaveränderung und des Artensterbens unter diesem Dach zusammengeführt und damit nachvollziehbar gemacht wird.

Der Klimawandel ist gerade für die ostfriesische Region von besonderer Bedeutung. Der fünfte Klimabericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen ([IPCC](#)) von 2013 stellt fest, dass der globale mittlere Meeresspiegel im Zeitraum von 1901 bis 2010 um etwa 19 cm angestiegen ist. Vor Norderney ist der Pegel in den letzten 100 Jahren um 23 cm angestiegen. Die Deichsicherheit ist langfristig noch mehr zu gewährleisten, zumal extreme Wetterereignisse die Situation noch verschärfen. Neben dem Verlust des wertvollen Ökosystems Wattenmeer müssen das Land und die Inseln zukünftig mit immer größerem technischem und finanziellem Aufwand geschützt werden.